



An den Grossen Rat

21.5509.02

BVD/P215509

Basel, 9. Februar 2022

Regierungsratsbeschluss vom 8. Februar 2022

Motion Laurin Hoppler und Konsorten betreffend «quartierbezogene autofreie Tage um die nachhaltige Mobilität stärker in die Bevölkerung zu tragen» – Stellungnahme

Der Grosse Rat hat an seiner Sitzung vom 27. Oktober 2021 die nachstehende Motion Laurin Hoppler und Konsorten dem Regierungsrat zur Stellungnahme überwiesen:

«Während die Treibhausgas-Emissionen in vielen Sektoren rückläufig sind, haben sie sich im Verkehr in den letzten Jahren zu wenig bewegt. Die aktuellen Maßnahmen reichen nicht aus, um genügend CO₂ einzusparen und der Klimakrise entgegen zu wirken. Mitschuld an dieser Situation hat ein simpler Grund: Anders als zum Beispiel die energetische Isolation eines Hauses, ist Mobilität Gewohnheitssache. Menschen bewegen sich tendenziell so fort, wie sie es auch schon am Vortag und in der letzten Woche gemacht haben. Das Resultat: Die Veränderung der Mobilitätsgewohnheiten hin zu umweltfreundlichen Verkehrsmittel verändert sich nur träge.

Autofreie Tage sind ein etabliertes und in der Bevölkerung gern gesehenes Mittel vieler Städte, um neuen Schwung in die festgefahrene Verkehrspolitik, sowie auch die Gewohnheiten der Bevölkerung zu bringen. In Basel gibt es zwar bereits die „Umwelttage“ und die „Mobilitätswoche“, autofreie Tage sind bis anhin jedoch nicht Teil davon. Dieses Konzept könnte jedoch gut in bestehende Angebote einfließen: In der Stadt Bern wird das bereits gemacht: Dort werden autofreie Tage in Quartieren im Rahmen der „Berner Umwelttage“ umgesetzt¹: Menschen kommen, unabhängig von ihrem sozialen Status, mit Fahrrädern, Skateboards, Trottinets oder zu Fuß im Freien zusammen, um den so gewonnenen Raum gemeinschaftlich zu erleben und zu nutzen. Um nicht immer die ganze Stadt abzuriegeln, beschränkt sich die autofreie Zone immer auf ein Quartier, welches dann bespielt werden kann. Zudem sollen Ausnahmen für Not- und Lieferfahrzeuge sowie für Pikettdienste möglich sein. Auch sollte der öffentliche Verkehr nicht eingeschränkt werden.

Die Wirkung und das Ziel autofreier Tage geht weit über die bloße CO₂-Reduktion an einem bestimmten Tag hinaus. Solche Tage ermöglichen der Bevölkerung, sich ihre Stadt mit wesentlich weniger Autos vorzustellen. Sie stellen große öffentliche Flächen zur Verfügung, die anderweitig genutzt und aufgewertet werden können. Sie durchbrechen die starren Verkehrsroutinen und geben einen Anreiz, neue Mobilitätsgewohnheiten zu etablieren. Somit können autofreie Tage Auslöser einer Veränderung in Richtung nachhaltiger Mobilität sein, die weit über diesen Tag hinausgeht. Auf diese Weise wird der Wandel zu einer nachhaltigen Mobilität stärker in die Bevölkerung getragen, wenn nicht sogar angestoßen. Das autofreie Leben erlebbar zu machen ist auch eine der Stossrichtungen, in welche die Mobilitätsstrategie zur Umsetzung des Gegenvorschlags der „zämme-besser Initiativen“ gehen will. Autofreie Tage, ähnlich wie sie in Bern bereits umgesetzt werden, könnten dabei als konkrete Maßnahme mitgedacht werden.

Die Motionär:innen beauftragen darum den Regierungsrat, quartierbezogene autofreie Tage einzuführen und sie mit einer Kommunikation zu begleiten welche hilft aufzuzeigen, dass eine autoärmere und verkehrsberuhigte Stadt zu mehr Lebensqualität führt.

¹ Vgl. <https://www.bern.ch/themen/umwelt-natur-und-energie/nachhaltigkeit/umwelttage>

Laurin Hoppler, Franz-Xaver Leonhardt, Harald Friedl, Raffaella Hanauer, Joël Thüring, Beatrice Messerli, Lea Wirz, Tonja Zürcher, Fleur Weibel, Claudio Miozzari, Alexandra Dill, Jérôme Thiriet, Marianne Hazenkamp-von Arx, Stefan Wittlin, Salome Bessenich, Oliver Bolliger, Oliver Thommen, Johannes Sieber, Heidi Mück, Patrizia Bernasconi»

Wir nehmen zu dieser Motion wie folgt Stellung:

1. Zur rechtlichen Zulässigkeit der Motion

§ 42 des Gesetzes über die Geschäftsordnung des Grossen Rates (GO, SG 152.100) vom 29. Juni 2006 bestimmt über die Motion:

§ 42. Inhalt und Eintretensbeschluss

¹ In der Form einer Motion kann jedes Mitglied des Grossen Rates oder eine ständige Kommission den Antrag stellen, es sei der Regierungsrat zu verpflichten, dem Grossen Rat eine Vorlage zur Änderung der Verfassung oder zur Änderung eines bestehenden oder zum Erlass eines neuen Gesetzes oder eines Grossratsbeschlusses zu unterbreiten.

^{1bis} In der Form einer Motion kann zudem jedes Mitglied des Grossen Rates oder eine ständige Kommission den Antrag stellen, es sei der Regierungsrat zu verpflichten, eine Massnahme zu ergreifen. Ist der Regierungsrat für die Massnahme zuständig, so trifft er diese oder unterbreitet dem Grossen Rat den Entwurf eines Erlasses gemäss Abs. 1, mit dem die Motion umgesetzt werden kann.

² Unzulässig ist eine Motion, die auf den verfassungsrechtlichen Zuständigkeitsbereich des Regierungsrates, auf einen Einzelfallentscheid, auf einen in gesetzlich geordnetem Verfahren zu treffenden Entscheid oder einen Beschwerdeentscheid einwirken will.

³ Tritt der Rat auf die Motion ein, so gibt er dem Regierungsrat Gelegenheit, innert drei Monaten dazu Stellung zu nehmen, insbesondere zur Frage der rechtlichen Zulässigkeit des Begehrens.

Die Motion ist sowohl im Kompetenzbereich des Grossen Rates wie auch in demjenigen des Regierungsrates zulässig. Ausserhalb der verfassungsrechtlichen Kompetenzaufteilung (vgl. § 42 Abs. 2 GO) ist der betroffene Zuständigkeitsbereich somit keine Voraussetzung der rechtlichen Zulässigkeit. Die Frage nach der Zuständigkeit ist im Rahmen der inhaltlichen Umsetzung eines Motionsanliegens aber von entscheidender Bedeutung, da sie die Art der Umsetzung vorgibt. Es gilt, das Gewaltenteilungsprinzip zwischen Grosse Rat und Regierungsrat zu beachten, denn beide sind gestützt auf das Legalitätsprinzip an Erlasse gebunden, die die Entscheidungsbefugnisse auf die Staatsorgane aufteilen. Je nach betroffenem Kompetenzbereich richtet sich die Umsetzung entweder nach § 42 Abs. 1 GO oder nach § 42 Abs. 1^{bis} GO. Liegt die Motion im Zuständigkeitsbereich des Grossen Rates, wird sie mit einer Verfassungs-, Gesetzes- oder Beschlussvorlage erfüllt (§ 42 Abs. 1 GO). Eine Motion, die auf eine Materie im Kompetenzbereich des Regierungsrates zielt, wird mit einer Verordnungsänderung respektive mit einem anderen Mittel der Exekutive erfüllt (§ 42 Abs. 1^{bis} GO), oder aber dem Grossen Rat wird ein Gesetzesentwurf vorgelegt, der die Kompetenzverteilung zugunsten des Grossen Rates verändert (§ 42 Abs. 1^{bis} Satz 2 GO).

Mit der vorliegenden Motion soll der Regierungsrat beauftragt werden, quartierbezogene autofreie Tage einzuführen und sie mit einer Kommunikation zu begleiten, welche hilft aufzuzeigen, dass eine autoärmere und verkehrsberuhigte Stadt zu mehr Lebensqualität führt.

Die Kantone bzw. die Gemeinden sind nach Art. 82 Abs. 1 der Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft vom 18. April 1999 (SR 101) in Verbindung mit Art. 3 Abs. 2 des Strassenverkehrsgesetzes vom 19. Dezember 1958 (SVG, SR 741.01) befugt, für bestimmte Strassen Fahrverbote, Verkehrsbeschränkungen und Anordnungen zur Regelung des Verkehrs zu erlassen. Andere Beschränkungen oder Anordnungen, sogenannte «funktionelle Verkehrsmassnahmen» (vgl. Philippe Weissenberger, Kommentar Strassenverkehrsgesetz und Ordnungsbussengesetz, 2. Aufl. Art. 3 Rz. 6 ff. mit Hinweisen auf die Rechtsprechung des Bundesgerichts), können gemäss Art. 3 Abs. 4 SVG erlassen werden, «soweit der Schutz der Bewohner oder gleichermassen Betroffener vor Lärm und Luftverschmutzung, die Beseitigung von Benachteiligungen von Menschen mit Behinderungen, die Sicherheit, die Erleichterung oder die Regelung des Verkehrs, der Schutz der Strasse oder andere in den örtlichen Verhältnissen liegende Gründe dies erfordern.» Im Bereich der für Motorfahrzeuge oder Fahrräder offenen Strassen dürfen nur die vom Bundesrat in der Signalisationsverordnung (SSV; SR 741.21) vorgesehenen Signale und Markierungen verwendet und nur von den zuständigen Behörden oder mit deren Ermächtigung angebracht werden (Art. 5 Abs. 3 SVG). Welche Behörde für die Anordnung, Anbringung und Entfernung von Signalen und Markierungen zuständig ist, bestimmt das kantonale Recht (Art. 1 Abs. 2 lit. c in Verbindung mit Art. 104 Abs. 1 SSV).

Mit der Motion wird der Regierungsrat aufgefordert, quartierbezogene autofreie Tage einzuführen. Für den Erlass von Verkehrsanordnungen auf Stadtgebiet und für die Kantonsstrassen in den Gemeinden Bettingen und Riehen sind der Regierungsrat bzw. das Bau- und Verkehrsdepartement zuständig (vgl. §§ 3 ff. der Verordnung über den Strassenverkehr vom 17. Mai 2011, StVO; SG 952.200). Die Motion zielt damit auf eine Materie im Kompetenzbereich des Regierungsrates ab. Sie verlangt nicht etwas, das sich auf einen Einzelfallentscheid, auf einen in gesetzlich geordnetem Verfahren zu treffenden Entscheid oder einen Beschwerdeentscheid bezieht. Es spricht auch kein Bundesrecht gegen den Motionsinhalt. Die Motion kann gestützt auf § 42 Abs. 1 bis GO erfüllt werden.

Die Motion ist aufgrund dieser Erwägungen als rechtlich zulässig anzusehen.

2. Ausgangslage

Mit der weitgehend motorfahrzeugfreien Innenstadt und den insgesamt mehr als 100 Begegnungszonen hat Basel bei den Zielen, die Aufenthaltsqualität zu steigern, die Attraktivität für umweltfreundliche Fortbewegung zu erhöhen und die Verkehrssicherheit zu verbessern, grosse Fortschritte erzielt.

Dennoch dominieren der fliessende und ruhende Verkehr bei der Nutzung der Strassenräume weiterhin. Obwohl jeder zweite Haushalt im Kanton Basel-Stadt kein Auto hat, stehen rund 27'000 Autoparkplätze auf Allmend zur Verfügung. Das entspricht etwa dreimal der Fläche des Kannenfeldparks. Dieser Teil des öffentlichen Raums wird nur von den PW-Nutzenden und notabene nur zum Abstellen der Fahrzeuge beansprucht und steht nicht der Öffentlichkeit zur Verfügung.

Autofreie Ereignisse wiederum stossen auf grosse Resonanz in der Bevölkerung. Beim slowUp Basel-Dreiland nutzen jeweils bis zu 65'000 Personen die autofreien Strassen mit Velos, Inline-Skates und zu Fuss. Aufgrund seiner positiven Wirkung hat der Regierungsrat bereits 2012 entschieden, den slowUp Basel-Dreiland zu unterstützen.

Wie in der Motion erwähnt, hat die Stadt Bern zwischen 2014 und 2019 positive Erfahrungen mit autofreien Tagen in Wohnquartieren sammeln können. Diese wurden in enger Zusammenarbeit mit

einem Quartierverein organisiert. Den Stadtbewohnerinnen und -bewohnern standen während jeweils eines Tages die normalerweise durch den Verkehr beanspruchten Strassen für Konzerte, Parcours für Kindervedos, Essens- und Getränkestände sowie Strassenfussballturniere zur Verfügung und wurden von Jung und Alt genutzt. Aufgrund der angespannten Finanzlage wurden die autofreien Tage jedoch im 2020 ausgesetzt. Sie werden voraussichtlich bis 2024 pausiert.

3. Umsetzung «Autofrei erleben»

Im Januar 2021 hat der Regierungsrat die Stossrichtungen der kantonalen Mobilitätsstrategie definiert. Auf den Stossrichtungen aufbauend hat er die Mobilitätsstrategie erarbeitet, um den Verkehr künftig umweltfreundlicher zu gestalten. Die öffentliche Vernehmlassung der Strategie findet Anfang 2022 statt. Die Strategie enthält einen umfassenden Massnahmenkatalog, der sowohl temporäre als auch dauerhafte Ansätze vorsieht, um ausgewählte Strassen autofrei zu gestalten. Dabei soll der Nutzen für die Bevölkerung konkret erlebbar gemacht und die Potenziale für eine lebenswerte Stadt aufgezeigt werden. Hierfür wird ein spezifisches Konzept erarbeitet. Vorstellbar sind folgende Ansätze:

- «Parklets»: Mit temporären Möblierungs- und Aufwertungsaktionen im öffentlichen Raum werden Parkplätze temporär (z.B. für eine Sommersaison) mit einem Ensemble aus Hockern, Bänken, Tischen, Sonnenschirmen und Pflanzen ausgestattet, um Passantinnen und Touristen zum Lesen und Rasten, Essen und Trinken, Arbeiten und Begegnung einzuladen.
- Autofreie Strasse: Einzelne geeignete Strassenzüge können für mehrere Wochen bis Monate für den Autoverkehr gesperrt werden, zum Beispiel während der Sommerferien. Im Wohnquartier soll der gewonnene Raum für Aufenthalt, Spiel und Stadtgrün zur Verfügung stehen. Ein solcher Ansatz könnte auch in einer Begegnungszone ausprobiert werden, die heute nur wenig belebt ist. Voraussetzung hierfür wäre, dass in einer Anwohnerumfrage Mehrheiten dafür gefunden werden und die Bewohnenden aktiv den gewonnenen Raum beleben.
- Autofreie Areale: In ausgewählten neu erschlossenen Gebieten soll die Autofreiheit konsequent mitgeplant werden. Für ganzheitliche Lösungen ist dabei auch immer der Bezug zu den Nachbarquartieren herzustellen.

In allen Fällen ist der Einbezug von Quartierbevölkerung und lokalem Gewerbe eine Voraussetzung. Autofreie Ansätze können nur funktionieren, wenn die lokale Bevölkerung das Projekt mitträgt und für eine entsprechende Belebung des öffentlichen Raumes sorgt. Selbstverständlich gilt es auch, die Bedürfnisse des Gewerbes (Anlieferung) und der öffentlichen Dienste (Rettungsfahrzeuge, Entsorgung) sowie die Bedürfnisse mobilitätseingeschränkter Menschen gebührend zu berücksichtigen.

Die Motion nimmt konkreten Bezug auf die Stossrichtungen der Mobilitätsstrategie. Sie schlägt einzelne autofreie Tage nach dem Vorbild der Stadt Bern vor. Solche Anlässe mit «Event-Charakter» können durchaus attraktiv sein. So wird etwa mit dem slowUp Basel-Dreiland bereits seit einigen Jahren ein solcher Anlass erfolgreich durchgeführt. Der Regierungsrat sieht aber noch weitere Möglichkeiten – sowohl temporäre als auch dauerhafte –, um nachhaltige Mobilität zu vermitteln und zu fördern. Er will dazu dieses Jahr ein entsprechendes Konzept ausarbeiten lassen.

4. Antrag

Aufgrund dieser Stellungnahme beantragen wir, die Motion Laurin Hoppler und Konsorten betreffend „quartierbezogene autofreie Tage um die nachhaltige Mobilität stärker in die Bevölkerung zu tragen“ dem Regierungsrat als Anzug zu überweisen.

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt



Beat Jans
Regierungspräsident



Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatsschreiberin